



Interpellation

Energischere Durchsetzung der Güterverlagerung am Gotthard

Der neueste Bericht des Bundesrates von Mitte Dezember 2011 zur Verlagerung des alpenquerenden Gütertransitverkehrs auf die Schiene zeigt auf, dass das gesetzlich verankerte Ziel von maximal 650'000 Lastwagenfahrten durch die Alpen bis ins Jahr 2018 als völlig unrealistisch erscheint. Dies zwei Jahre nach der mutmasslichen Eröffnung des Gotthardbasistunnels, der stets als massive Kapazitätsreserve für den Güterverkehr angepriesen worden ist. Nicht einmal das im Güterverkehrsverlagerungsgesetz postulierte Zwischenziel von maximal einer Million Fahrten lässt sich erreichen. Der Bundesrat räumt damit das Versagen der bisherigen Verlagerungspolitik offen ein. Auch weitere Massnahmen, so baulicher Art (z.B. Ausbau der Schiene der Gotthardachse für Sattelaufleger mit einer Eckhöhe von 4m) oder betriebliche Impulse (Anpassung der LSVa noch stärker in Richtung Lenkungsabgabe, weitere Subventionierung des Bahnverlads, usw.) vermögen eine Trendwende nicht herbeizuführen. In den letzten Jahren bewegte sich die effektive Zahl solcher Lastwagen auf über eine Million.

Es lässt sich somit nicht wegdiskutieren, dass wir einen gesetzeswidrigen Zustand haben. Sich damit abzufinden, untergräbt auf Dauer das Vertrauen der Bevölkerung in seine Behörden. Auch sind negative Auswirkungen – wirtschaftlicher und ökologischer Natur - auf das Alpengebiet und mithin auf den Kanton Uri zu erwarten.

Die Behörden unseres Kantons sind zum Handeln aufgerufen, werden doch wegen der ungelösten Probleme Lebensraum und Zukunftsperspektiven unseres Kantons klar gefährdet.

Ich unterbreite daher dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Urner Regierungsrat den neuesten bundesrätlichen Bericht zur Verlagerungspolitik?
2. Welche Schritte gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um die ernerischen Interessen wirksam wahrzunehmen und die negativen Auswirkungen auf Uri zu reduzieren?
3. Ist der Regierungsrat insbesondere bereit, zur verstärkten Interessenwahrung insbesondere

- a) die staatsrechtlichen, volkswirtschaftlichen, verkehrstechnischen und weiteren Aspekte gesamthaft zu prüfen, und
- b) die Urner Parlamentarier in Bern zur Mitarbeit einzuladen?
-

Altdorf, 25. Januar 2012



Patrizia Danioth Halter
Erstunterzeichnerin



Leo Brücker-Moro
Zweitunterzeichner